

Resolution zur Zukunftssicherung der Stahlindustrie in Bremen

**von
IG Metall Küste und IG Metall Bremen
Vorstand ArcelorMittal Bremen
Interessenvertretung der Beschäftigten
von ArcelorMittal Bremen**

an den

Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Carsten Sieling
Wirtschaftssenator Martin Günthner
Europaabgeordneten Joachim Schuster

Im Sinne der gemeinsamen Erklärung des Stahlgipfels in Bremen vom 9. Februar 2016 bekräftigen die Unterzeichner ihre Forderung nach dem Erhalt einer starken und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Bremen, Deutschland und Europa.

Getragen durch die Kampagne „Stahl ist Zukunft“ der IG Metall konnten mit Politik, Gewerkschaften, Belegschaften, Stahlunternehmen und Wirtschaftsvereinigung gemeinsam einige gute Ergebnisse erreicht werden. Dazu zählen die Bundesratsentschließung und der Bundestagsbeschluss zur Zukunft der Stahlindustrie im April 2016, die Positionierung der Bundesregierung bezüglich des Klimaschutzplans, das intensive Bestreben des BMWi zum Emissionsrechtehandel und nicht zuletzt eine Positionierung des europäischen Parlaments, vor allem hinsichtlich der Erhöhung der frei zugeteilten Zertifikate um bis zu 5 % sowie der Diskussion um realistische Benchmarks.

Gegenwärtig wird in Brüssel über die Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems in der vierten Handelsperiode im Zeitraum von 2021 bis 2030 zwischen dem Europäischem Parlament, dem Umweltministerrat und der Europäischen Kommission (Trilog) abschließend verhandelt.

Mit großer Sorge um die Existenzen der Stahlstandorte und der Arbeitsplätze mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass bereits im Februar 2017 der EU-Umweltministerrat in seinem Verhandlungsmandat massive Verschärfungen im Vergleich zu der vom EU-Parlament beschlossenen Empfehlung beschlossen hat, ohne eine ausreichende Absicherung gegen Wettbewerbsnachteile für die Stahlindustrie zu berücksichtigen.

Die vorliegenden Beschlüsse des Umweltrates würden zu erheblichen finanziellen Zusatzbelastungen unserer Stahlunternehmen durch den zwingenden Zukauf von CO₂-Zertifikaten führen. Das Ergebnis wäre eine dramatische Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit in einem globalen Stahlmarkt und der drohende Verlust der daran gebundenen Arbeitsplätze. So ist nach Einschätzungen der Wirtschaftsvereinigung Stahl allein durch die geringe Zuteilung von Zertifikaten für die Jahre von 2021 bis 2030 mit bis zu vier Milliarden Euro Belastung für die deutsche Stahlindustrie zu rechnen. Dies entspricht in etwa dem Vierfachen der jährlichen Investitionen. Hinzu kämen Mehrkosten durch emissionshandelsbedingte Strompreissteigerungen. Beides zusammen führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und nimmt den Unternehmen die Möglichkeit, in eine zukunftsfähige Stahlindustrie zu investieren.

Wir müssen deshalb alle politischen Kräfte mobilisieren, um auf das laufende und abschließende Verhandlungsverfahren Einfluss zu nehmen und eine moderne Stahlproduktion in Europa zu sichern. In der aktuellen Entwicklung verstärken wir den Dialog mit der Bremer Landespolitik und allen politischen Kräften, um mit aller Entschlossenheit für eine Vereinbarkeit von Industrierarbeit und Umweltschutz in Europa zu kämpfen.

Die Anforderung an die Stahlunternehmen, so energie- und umweltfreundlich wie möglich zu produzieren, wird von uns nachhaltig und mit Überzeugung getragen. Für die Verbesserung der globalen CO₂-Bilanz muss sich diese Anforderung allerdings auf alle Stahlunternehmen weltweit

beziehen. Wird dieser Maßstab nicht für alle Stahlunternehmen angesetzt, verliert unsere umweltfreundliche Stahlproduktion im Wettbewerb und wird durch umweltschädlicher produzierte Stahlprodukte verdrängt. Dieses CO₂-Dumping gilt es aus umweltpolitischen Erwägungen zu verhindern. Dafür müssen Betriebe, die ihre Emissionen nicht mehr vermindern können, weil sie bereits an der Grenze technischer Innovationen angelangt sind, in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit geschützt werden.

Wir fordern, dass die tatsächlichen Emissionen der effizientesten Anlagen zum Maßstab für die Zuteilung erhoben werden. Dadurch würden Anreize für andere Unternehmen verstärkt, in die Effizienzverbesserungen ihrer Anlagen zu investieren. Für den Erhalt einer modernen, innovativen und umweltfreundlichen Stahlindustrie in Europa bekräftigen wir noch einmal unsere Kernforderung nach einer 100 % freien Zuteilung an Zertifikaten für die 10 % effizientesten Produktionsanlagen. Diese Forderung deckt sich auch mit dem Klimaschutzplan der Bundesregierung. Um dies zu erreichen müssen folgende Punkte umgesetzt werden:

1. Der Anteil der freien Zertifikate muss um 5 % steigen, so wie es das EU-Parlament beschlossen hat.
2. Der Benchmark muss anhand der realen Emissionen der 10 % effizientesten Anlagen mit den Werten von 2017/2018 gesetzt werden.
3. Es darf keine, vom technischen Optimum unabhängige, lineare Absenkung für Anlagen geben, die bereits am technischen Limit arbeiten.
4. Besonders CO₂- und handelsintensive Branchen sollten, gemäß dem Vorschlag des EU-Parlaments grundsätzlich aus einem Korrekturfaktor ausgenommen werden.
5. Die CO₂-Mengen aus Kuppelgasen, die zur Stromerzeugung genutzt werden, müssen eine vollumfängliche Zuteilung erhalten, so wie es das EU Parlament beschlossen hat. Es dürfen diesbezüglich im Benchmark keine Abzüge erfolgen.

Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass der absehbare und politisch auch angestrebte erhebliche Anstieg der Zertifikatspreise einen zunehmend spürbaren Anstieg der Strompreise haben wird, mit erheblichen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen. Daher ist eine Fortführung der Strompreiskompensation dringend erforderlich und muss darüber hinaus vollumfänglich erfolgen, da andernfalls durch eine wie heute nur anteilige Kompensation die Unternehmen in steigendem Umfang Strommehrkosten weiter tragen müssen.

Über den Emissionsrechtehandel hinaus ist die dauerhafte und vollständige Befreiung der Eigenversorgung mit Strom auf Basis von Kuppelgasen von der EEG- und KWK-Umlage für Bestands- und Neuanlagen notwendig. Die Unterzeichner dieser Resolution fordern die Bremer Politik auf, weiterhin Einfluss auf die Durchsetzung dieser Forderungen zu nehmen. Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass die Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb unverhältnismäßig belastet wird. Ein Niedergang der heimischen Stahlunternehmen dient weder dem Klimaschutz, noch dem Erhalt einer leistungsstarken und innovativen Branche. In den Stahlbetrieben sind nicht nur tausende von Menschen beschäftigt, sie ist als Grundstoffindustrie auch ein wesentlicher Garant für die gesamte industrielle Wertschöpfung und damit unerlässlich für die Zukunft eines leistungsstarken und innovativen Wirtschaftsstandorts Deutschland.


„Stahl ist Zukunft!“



Meinhard Geiken
(IG Metall Bezirksleiter Küste)



Reiner Blaschek
(Vorstandsvorsitzender ArcelorMittal Bremen)



Dr. Ute Buggeln
(Geschäftsführerin IG Metall Bremen)



Klaus Hering
(Betriebsratsvorsitzender ArcelorMittal Bremen)